

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1873

9.12.1873 (No. 289)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 9. Dezember.

Nr. 289.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 R.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 R. 7 Kr.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einsendungsgebühr: die gespaltene Zeile über deren Raum 6 Kr. Briefe und Gelder frei.

1873.

Telegramme.

† Wien, 6. Dez. Der Sechshunddreißiger-Ausschuss ist den von dem Herrenhause beschlossenen Abänderungen des Hilfslehrengesetzes beigetreten.

† Pesth, 6. Dez. Der Ministerpräsident theilte auf eine im Unterhause an ihn gerichtete Interpellation in Betreff des Standes der Ministerkrisis mit, daß er die Demission zweier Minister unterbreitet habe, welche jedoch von dem Kaiser nicht angenommen worden sei. Er hoffe in der nächsten Sitzung bestimmte Erklärungen abgeben zu können.

† Trianon, 6. Dez. Prozeß Bazaine. Der Strafantrag des Regierungskommissärs gegen den Marschall Bazaine lautet, entsprechend der Anklageschrift, auf Anwendung des Artikels des Militär-Strafgesetzbuchs, welcher Todesstrafe und militärische Degradation vorschreibt.

† London, 6. Dez. Von der Westküste Afrika's wird gemeldet: Die Aschantis sind im fortgesetzten Rückzug, General Wolseley in Besserung, aber viele Offiziere liegen noch siebetrunk darnieder.

Deutschland.

Karlsruhe, 8. Dez. Ihre Königl. Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin gedenken morgen Vormittag sich nach Frankfurt a. M. zu begeben, um Ihre Königl. Hoheiten, den Fürsten und die Fürstin von Hohenzollern, welche daselbst verweilen, zu besuchen. Höchstselben werden Mittwoch den 10. Dezember, Abends hierher zurückkehren.

Die übliche Mittwochs-Audienz wird künftigen Mittwoch den 10. Dezember nicht stattfinden.

Karlsruhe, 6. Dez. Nachdem die französische Regierung seit dem Friedensschlusse in einer Anzahl von Städten des Deutschen Reichs Konsulate wieder errichtet hatte, wurde ihrer Seite beschloffen, auch in Mannheim, wo früher ein französisches Konsulat sich befand, ein solches wieder ins Leben zu rufen. Dieser Posten ist dem bisherigen französischen Konsul in Nizza, Herrn R. H. A. Allou übertragen worden und hat derselbe Johann das zur Ausübung seiner Funktionen erforderliche Exequatur erhalten.

† Straßburg, 7. Dez. Wenn wir dem Verlaufe des staatskirchlichen Konflikts im preussischen Staate wie überhaupt im Vaterlande mit wachsendem Interesse auch hier zu Lande folgen, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß das Reichsland von den Wirkungen jener Spaltungen im großen Ganzen nur wenig berührt erscheint. Ihren gewichtigen Antheil hieran mag ohne Zweifel die noch zu Recht bestehende französische Gesetzgebung haben, die bekanntlich dem Staate gegenüber den kirchlichen Aspirationen eine viel weitergehende Macht einräumt, als die jenseits des Rheines bestehenden Gesetzgebungen. Von diesen gelegentlich eingehenden Bemerkungen abgesehen, zeugt für die hierbei mit in's Auge zu fassenden persönlichen Verhältnisse u. A. ohne Zweifel der Umstand, daß der hiesige Bischof Hr. Dr. Kaes vorigen Donnerstag ein größeres Dinner in seinem Palais veranstaltete, zu dem die Spitzen der hiesigen Zivil- und Militärbehörden eingeladen waren und erschienen.

† Metz, 7. Dez. In meiner Korrespondenz in Nr. 283 wurde erwähnt, daß etwa die Hälfte der hiesigen Einwohner schaft der deutschen Zunge angehört. Dieser Angabe widerspricht ein hiesiges Blatt und stellt ihr die Behauptung entgegen, daß nur etwa 15,000 Deutsche einschließlich der Garnison sich hier befinden. Ohne näher darauf eingehen zu wollen, füge ich jener Notiz bei, daß dieselbe dem eben erschienenen „statistisch-topographischen Handbuch“ von Lang entnommen ist, einem Werke, welchem zu misstrauen um so weniger Grund vorhanden ist, als es auf's sorgfältigste nach den besten Quellen bearbeitet ist. Bezüglich des Verhältnisses der Deutschsprechenden zu den Französischsprechenden lesen wir ferner in dem an statistischem Material reichen Buche, daß der jetzige Bezirk Lothringen vor der deutschen Besitznahme in runder Zahl etwa 200,000 der deutschen und 300,000 der französischen Zunge Angehörige zählte. Dieses Verhältniß hat sich seitdem durch Auswanderung von Franzosen und Einwanderung von Deutschen zu Gunsten der deutschen Sprache derart verschoben, daß jetzt der letzteren mindestens zwei Drittel der Bevölkerung angehören.

† Stuttgart, 6. Dez. Die Abgeordnetenkammer hat den Gesetzentwurf betr. die Gehaltsaufbesserung der Zivil-Staatsdiener auf Grundlage der Verwandlung des Guldens in das Zweimarkstück (16 2/3 Proz.) mit 66 gegen 17 Stimmen genehmigt. In der Ersten Kammer bemängelten die ehemaligen Minister Neurath und Linden die Vereinigung des Justizministeriums mit dem Ministerium des Aeußern. Mitnacht replizierte. — In dem Berichte der staatsrechtlichen Kommission der Abgeordnetenkammer über den Gesetzentwurf betreffs Abänderung des Kapitels 9 der Verfassungsurkunde beantragt die Hälfte

der Mitglieder der Kommission, die Regierung um Erwägung zu bitten, ob das Einkammer-System auf zeit- und sachgemäßen Grundlagen durchführbar sei.

□ Frankfurt, 7. Dez. In einer gestern Abend stattgehabten Generalversammlung des national-liberalen „Frankfurter Wahlvereins“ ist Dr. Lasker, unser derzeitiger Landtags-Abgeordneter, einstimmig und mit großer Aussicht auf Erfolg als Kandidat für den Reichstag ausgestellt worden. Lasker wird am 29. d. d. h. einreisen und seinen Wählern Rechenschaft über seine bisherige Wirksamkeit im Hause der Abgeordneten ablegen. Man darf auf diesen Rechenschaftsbericht um so gespannter sein, als ein Theil der Wähler (außerdem selbstverständlich auch die demokratische und Fortschrittspartei) mit seiner Abstimmung u. über den Windthorst'schen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts keineswegs einverstanden ist. Uebrigens muß es sich bei Gelegenheit der Anwesenheit Laskers auch zeigen, wie weit die von Meinungen aus (erst neuerdings wieder) verbreiteten und mit aller Bestimmtheit auftretenden Mittheilungen, Lasker werde auch diesmal wieder für den vorigen zweiten Wahlkreis (Sonneberg-Pödenck) annehmen, begründet sind. — In unserer Provinz ist man einigermassen über das Schicksal der Appellationsgerichte in Frankfurt und Wiesbaden beunruhigt. In dem dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Justizetat pro 1874 sind nämlich unter der Rubrik „außerordentliche Ausgaben für den Neubau eines Geschäftshauses für die Gerichte zu Kassel“ 420,000 M. vorgesehen und es wird zu diesem Posten bemerkt: „Es ist beabsichtigt, für die sämtlichen Gerichte ein gemeinsames Geschäftshaus zu erbauen, welches den Bedarf für ein Gericht zweiter Instanz, sowie für die Gerichte erster Instanz, wie derselbe sich nach Reorganisation der Justizverwaltung voraussichtlich ergeben wird, nicht überschreiten soll.“ Hiermit ist nun zwar allerdings nicht direkt gesagt, daß für die ganze Provinz Hessen-Nassau bei der neuen Justizorganisation nur ein Appellationsgericht (mit dem Sitz in Kassel) fungieren soll; aber bei der notorischen Sparsamkeit der Regierung ist diese Deutung immerhin möglich und deshalb wird von der Wiesbadener Presse auch bereits zu Schritten aufgefordert, damit uns ein zweites Appellationsgericht erhalten bleibe.

† Berlin, 6. Dez. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Dez.

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über den landesherrlichen Rechtszustand des Herzogs von Ansbach. Der Antrag v. Bismarck (Platon) auf Verweisung an die Kommission ruft eine längere Debatte hervor. Der Justizminister hält die Plenarberatung für völlig ausreichend und betont, die Sache habe dringende Eile. Die Kommissionsberatung wird abgelehnt und die zweite Beratung im Plenum beschlossen. Es folgt der Etat des landwirthschaftl. Ministeriums. Die Frage wegen Anstellung eines Direktors wird von Mühlenther und Mantuffel bekämpft. Minister Camphausen wiederholt, es bestehe die Absicht, das landwirthschaftl. Ressort selbständig zu erhalten. Der bisherige Minister Knigge hat die Direktorstelle beantragt, welche die bestehende Erhöhung von 1700 Thalern beansprucht; die Regierung ventilirt jetzt die Frage der Geschäftserweiterung des landwirthschaftl. Ressorts. Die Hingulegung der landwirthsch. Kreditinstitute habe den bisherigen Beratungen nicht fern gelegen, Weiteres müsse von den dem Könige zu erstattenden Vorträgen abhängen, welche bisher zum Bauern des Ministers noch nicht gehalten worden konnten. Der Minister ersucht die Bewilligung der Direktorstelle. In mehrstündigen Debatten führten Anträge über Vereinigung der landwirthsch. Akademien mit den Universitäten; schließlich wird der Antrag Miquel angenommen, das Ministerium möge die Frage in nähere Erwägung ziehen. Um 4 Uhr wird die weitere Debatte vertagt.

† Berlin, 6. Dez. Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ schreibt bezüglich der Frage, ob die Formeln für die Vereidigung der Bischöfe jetzt noch genügen könnten: Es sei erkannt worden, daß der bisherige Eid der katholischen Bischöfe nach dem vatikanischen Konzil nicht mehr den Bedürfnissen des Staates genüge, die Regierung sei über die zu ergreifenden Maßnahmen in Berathung getreten und dürfte die Frage bei der Besetzung des Bisthums Fulda zunächst praktisch werden.

Der „Staatsanz.“ veröffentlicht die amtliche Feststellung der Reichstags-Wahlkreise für Elsaß-Lothringen, welches darnach in 15 Wahlkreise eingetheilt wird. Ferner publizirt das Blatt Regulative über die Geschäftsordnung des kirchlichen Gerichtshofs. — Der Bundesrath hat dem Vernehmen nach die Aufhebung der deutschen Landes-Goldmünzen vom 1. April 1874 an beschlossen. Gleichzeitig verlieren die ausländischen Goldmünzen die Eigenschaft gesetzlicher Zahlungsmittel.

□ Berlin, 7. Dez. Gestern Vormittag hielt der Bundesrath eine Plenarsitzung. In derselben wurde u. A. über die geschäftliche Behandlung des Entwurfs einer Konfessionsordnung Beschluß gefaßt. Die bis jetzt dem Bundesrath vorgelegten Entwürfe von Justizgesetzen befinden sich nunmehr sämtlich im Stadium der Ausschußberatung. In hiesigen politischen Kreisen besteht die Meinung, daß dieselben schon in der nächsten Frühjahrssession an den

Reichstag werden gelangen können. Dabei macht man jedoch sich mit dem Gedanken vertraut, ihre Einbringung werde erst gegen den Schluß der Session erfolgen. Bekanntlich ist es von verschiedenen Seiten schon wiederholt als sehr wünschenswerth bezeichnet worden, eine permanente Reichstags-Kommission einzusetzen, deren Aufgabe es wäre, in der Zeit zwischen zwei Sitzungsperioden des Reichstags diese umfassenden Gesetzentwürfe für die Plenarverhandlungen vorzubereiten. Wie verlautet, findet auch im Bundesrathe ein solcher Plan nicht geringen Anklang. Allen Anzeichen nach wird derselbe in der bevorstehenden Session des Reichstages zur näheren Erörterung kommen. Auf Seiten des Bundesrathes besteht die feste Absicht, die großen Justizgesetze gleichzeitig dem Reichstage vorzulegen.

Dem Bundesrathe ist nun auch die spezielle Motivierung des Gesetzentwurfs zugegangen, welcher die Verfassung der Gerichte im Deutschen Reiche gleichmäßig regeln will. In Betreff eines gemeinsamen obersten deutschen Reichsgerichts wird in dieser Motivierung u. A. hervorgehoben, der Bundesrath werde sich über den Sitz des Reichsgerichts besonders schlüssig zu machen haben, da durch die Wahl der Stadt Leipzig zum Sitz des Reichs-Oberhandelsgerichts der umfassenderen Entscheidung nicht vorgegriffen sei.

Berlin, 7. Dez. (Köln. Ztg.) Der Lasker'sche Antrag wegen des Zivilrechts wird, wie verlautet, in nächster Zeit im Bundesrathe angenommen werden. Die Wiederaufnahme der Berathung des Preßgesetzes-Entwurfs im Justizauschuss steht bevor.

† Greifswalde, 6. Dez. In der heutigen Schwurgerichtssitzung wurde der 17jährige Hofsänger Fritz Schütt wegen Ermordung der Anna Böcker zu 15 Jahren Gefängniß verurtheilt. Der Verteidiger meldete gegen das Erkenntniß Berufung an.

† Posen, 4. Dez. Der „Dff. Ztg.“ wird geschrieben: Der Erzbischof Graf Ledochowski ist gestern vom hiesigen Kreisgericht benachrichtigt worden, daß in dem zum 23. d. M. gegen ihn anberaumten Termin außer den bereits bekannten fünf Anklagesachen noch vier andere wegen geschwinder Anstellung von Vikaren zur Verhandlung kommen werden. Die Gesamtzahl der bis jetzt im Widerspruch mit den Mai-Gesetzen vom Erzbischof Grafen Ledochowski angestellten Geistlichen beträgt nahe an 60. Dabei ist das Merkwürdige, daß Geistliche ohne alle nothwendige Veranlassung von einer Stelle auf die andere versetzt und Vikariatsstellen wieder besetzt werden, die schon seit Jahren theils wegen Mangels an Geistlichen, theils aus andern Gründen unbesetzt waren. Dies auffallende Verfahren läßt sich nur erklären durch absichtlichen Trost und durch Sucht nach einem billigen Martyrthum.

† Posen, 5. Dez. (Köln. Ztg.) Der Erzbischof Graf Ledochowski ist im Schimmer Kreise (Provinz Posen) als Kandidat zum Reichstags-Abgeordneten aufgestellt.

† Gumbinnen, 6. Dez. Zur Ausführung des Projekts, einen Winterhafen an der russischen Grenze bei Schmalenlangen zu errichten, werden von der hiesigen Regierung bereits die vorbereitenden Schritte gethan. Ein russischer Regierungsgeometer ist damit beschäftigt, das zu diesem Zwecke von der russischen Regierung abzutretende Gebiet an der Grenze abzumessen.

† Schwerin, 6. Dez. Auf dem Landtage in Sternberg sind die landesherrlichen Vorlagen zur Verfassungsangelegenheit mittelst Restripts zurückgezogen worden; weitere Eröffnungen wurden vorbehalten.

Oesterreichische Monarchie.

† Linz, 6. Dez. (N. Fr. Pr.) Bischof Rudigier verweigert dem gestern vorkorbenen Reichsraths- und Landtags-Abgeordneten Baron Weiss das kirchliche Begräbniß.

† Pesth, 6. Dez. Ghyczy ist in Komorn einstimmig zum Deputirten gewählt worden. Er sagte: die Aufgabe, das Land vom finanziellen Ruin zu retten, sei schwierig, aber durchführbar. Es seien außerordentliche reichstägliche Verfügungen notwendig, Reduzirung der Konvents-, Steuerreformen, Lösung der Bankfrage. Redner will für die Vereinigung beider Parteien wirken; jede einzelne Partei für sich allein müße Schiffbruch leiden.

† Pesth, 6. Dez. In unterrichteten Kreisen gilt die Ministerkrisis für gehoben. Hofrath Weninger hat sich für Annahme des Finanzportefeuilles bereit erklärt und bleibt in Folge dessen Szlavay auf seinem Posten. Daß die Verhandlungen mit Szell an dessen Forderung der Schaffung einer selbständigen Nationalbank gescheitert seien, ist unbegründet.

Rumänien.

† Bukarest 6. Dez. Die Abgeordnetenkammer hat die Antwortadresse auf die Thronrede mit 67 gegen 17 Stimmen angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister des Aeußern, daß die Regierung die die Autonomie des Landes garantirenden Verträge aufrechthalten und zu diesem Zweck sich mit den auswärtigen Mäch-

ten in Verbindung setzen werde. Die Kammer stimmte der Politik der Regierung fast einstimmig zu.

Schweiz.

Bern, 7. Dez. (N. Z.) Durch den Telegraphen wird Ihnen bereits bekannt sein, daß die Berner Regierung sich bei der des Kantons Luzern über ein Sendschreiben des Erzbischofs Lachat an die Katholiken des Jura beschwert hat. Dieses Sendschreiben, in bester Sprache abgefaßt, bezeichnet die von der Berner Regierung eingesetzten neuen katholischen Pfarrer als Eindringlinge, Schismatiker und der großen Exkommunikation verfallene Apostaten, und warnt unter Androhung von Kirchenstrafen alle Katholiken vor der Theilnahme an dem von ihnen abgehaltenen Gottesdienst. Bekanntlich soll die Luzerner Regierung dem Erzbischof Lachat nur unter der Bedingung den Aufenthalt im Kanton Luzern gestattet haben, daß er sich jeder Einmischung in die kirchlichen und konfessionellen Angelegenheiten der ihn nicht mehr als Bischof anerkennenden Kantone enthalte. Es wird sich jetzt zeigen, ob dies nicht bloß ein leeres Gerücht ist.

Italien.

Rom, 5. Dez. Die Kammer hat den Gesetzesentwurf bezüglich der Erhöhung der Gehalte der Offiziere angenommen. Dem Finanzminister gab sie die Erlaubnis, 30 Millionen von dem noch unter Sella bewilligten Kredit zu erheben. — Der Papst hat heute einige Fremde empfangen.

Frankreich.

Paris, 6. Dez. Man versichert, die Nationalversammlung werde sich am 20. Dez. bis zum 10. Januar vertagen, der Dreißiger-Ausschuß aber seine Arbeiten fortsetzen. Vorher soll jedoch die Erhebung der Steuern für die drei ersten Monate des Jahres 1874 bewilligt werden.

Paris, 7. Dez. Von offizieller Seite war gemeldet worden, daß die Minorität des Dreißiger-Ausschusses ihre Demission geben wolle, falls der Ausschuß nicht den Art. 1 nach der Fassung des Hrn. Dufaure annehme: „Die Regierung der französischen Republik besteht aus einem Senat, einer Repräsentantenkammer und einem Präsidenten der Republik als Chef der vollziehenden Gewalt.“ Der „Temps“ erklärt diese Angabe für unrichtig. In keinem Falle, sagt er, denken die fünf Mitglieder der Minorität an einen Austritt aus der Kommission, wohl aber würde, wenn der Ausschuß jenen Artikel zurückweise, Hr. Dufaure auf die Tribüne steigen und der Nationalversammlung die Frage vorlegen, ob sie im Voraus eine fünfjährige Monarchie oder nach dem ausdrücklichen Beschluß vom 20. Nov. eine siebenjährige Republik unter dem Vorsitz des Marschalls konstituieren wolle.

Hr. Vacherot hat dem Vernehmen nach seinen Austritt aus der gemäßigten Linken erklärt, weil diese Partei es ihm verübelte, daß er seine Wahl in den Dreißiger-Ausschuß angenommen hat. — In der gestrigen Sitzung der Kommission für das Gesetz betreffend die Erneuerung der Maires, verlas Hr. v. Goulard eine Zuschrift des Ministers des Innern, Herzog v. Broglie, worin derselbe dem Ausschuss auf Befragen folgende Statistik mittheilt:

In den Gemeinden, deren Maires gewählt werden, wurden 164 Maires und 44 Adjunkten abgesetzt und 51 Adjunkten suspendirt; dagegen wurden in den Gemeinden, deren Maires von der Regierung ernannt werden, nur 4 Maires und 7 Adjunkten abgesetzt und 5 Maires und 7 Adjunkten suspendirt.

Eine Korrespondenz des Toulouser „Progrès Libéral“ aus den Pyrenäen erhält nicht nur die Meldung von der Ankunft des Grafen Chambord in Pau aufrecht, sondern gibt auch allerlei Einzelheiten, welche keinen Zweifel gegen die Richtigkeit dieser Nachricht aufkommen lassen.

Großbritannien.

London, 6. Dez. Der englisch-österreichische Auslieferungsvertrag ist am 3. d. M. in Wien unterzeichnet worden. — Die Abreise des Prinzen und der Prinzessin von Wales nach Petersburg, um an der Feier der Vermählung des Herzogs von Edinburgh mit der Großfürstin Marie theilzunehmen, ist auf den 10. Januar f. J. festgesetzt. — Die „Times“ meldet telegraphisch aus Konstantinopel, die Pforte habe nochmals den Befehl gegeben, die Truppen aus Schua zurückzuführen und den unter englischem Schutz stehenden Stämmen keinen Schaden zuzufügen. — Nach einem den „Daily News“ aus New-York zugegangenen Telegramme scheint es sich zu bestätigen, daß der auf Kuba befindliche spanische Kolonialminister telegraphisch um seine Entlassung nachgesucht hat. — Das Blatt „Echo“ enthält ein Telegramm aus New-York von heute früh, wonach der Staatssekretär Fish den Vorschlag der spanischen Regierung, den „Virginius“ während der Über die Nationalität des Schiffs anzustellenden Untersuchung einer neutralen Macht zu überliefern, abgelehnt haben soll.

London, 6. Dez. Das „Reuter Bureau“ meldet aus New-York: Spanien hat sich erbaten, den „Virginius“ ohne Aufsehen außerhalb der Havanna herauszugeben. Die bisherige Nichterfüllung des getroffenen Abkommens hat Verdruß, aber keine große Aufregung hervorgerufen.

Amerika.

Havanna, 5. Dez., Abends. Es herrscht vollständige Ruhe. In der Stimmung der Bevölkerung ist plötzlich ein vollständiger Umschwung eingetreten und stimmen jetzt viele Spanier der ruhigen und sofortigen Auslieferung des „Virginius“ an Amerika bei.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 8. Dez. Gestern Vormittag 11 Uhr hat in der evangel. Stadtkirche der erste altkatholische Gottesdienst hierseits stattgefunden. Die großen Räumlichkeiten des Gotteshauses waren in allen Theilen — Schiff wie beide Emporkorben — von

Personen aller Stände, Konfessionen, Alter, angefüllt, die mit Anbacht und Interesse der heiligen Handlung folgten. Es war ein herrliches Hochamt, welches von Hrn. Pfarrer Hamm geleitet wurde. Die Predigt hielt Hr. Prof. Dr. Friedrich von München; sie war eine Erläuterung des Tagesevangeliums und gab Anlaß zu einer berebten und warmen Paraphrase des Gedankens, daß mit dem Christenthum die Liebe in die Welt eingeführt worden sei. Polemische Beziehungen enthielt sie in keinerlei Weise und war vollkommen geeignet, von Jedermann empfunden und erwogen zu werden, wess Glaubens er sonst auch sein mochte. Verschönert wurde der Gottesdienst durch den Vortrag einer Messe durch die hiesige Piederhalle.

Zahlreiche Gönnergenossen hatten sich aus der Nähe und Ferne im religiös-kirchlichen Interesse hier eingefunden, so aus Mannheim, Heidelberg, Durlach, Pforzheim, Baden, Offenburg u. s. w.

Die vom Altkatholikenverein im großen Saal der Eintracht gestern um 3 Uhr veranstaltete Versammlung war außerordentlich stark besucht. Ein aus allen Ständen zusammengesetztes Publikum, welches den Saal und die Galerien vollständig füllte, betendete das große Interesse, welches die tiefergehende altkatholische Bewegung hervorruft.

Dem Vortrag des Hrn. Prof. Friedrich von München ging eine Ansprache des Hrn. Pfarrer Hamm voraus. Mit schlichten Worten, denen jedoch zum Herzen dringende Wärme und überzeugende Klarheit inne wohnten, legte der Redner in geistvoller Weise dar, wie es bei einem großen Theil des Volkes überhaupt möglich war, den Glauben an die Unfehlbarkeit des Papstes denkbar erscheinen zu lassen, ihn plausibel, ja gewissermaßen selbstverständlich zu machen. Wenn von den Kanonikern vielfach Napoleons I. Fall dem Bannstrahl Roms zugeschrieben wurde, so lebte diese Geschichtsphilosophie, sich fortternd auch auf das jüngere Geschlecht, in der Anschauung eines nicht unbeträchtlichen Theils des Volkes. Der jetzige Papst mit seinem ersten phänomenalen Auftreten im liberalen Sinne durch die Annahme 1846 betrat bald andere Bahnen, nachdem er hatte fliehen müssen und durch französische Bajonette wieder zurückgebracht wurde, um nun den Zerfall seiner weltlichen Herrschaft und schließlich deren Vernichtung sehen zu müssen. Die politische Machtlosigkeit aber wurde ausgenützt beim Volke durch Erregung des Mitleids und der dadurch steigenden Verehrung. Dazu kamen noch andere Mittel: Die Verfeinerung des Dogmas von der unfehlbaren Empfängnis, Encyclica, Syllabus, das 25jährige Jubiläum, Alles auf das Beste ausgenützt, um die Gottähnlichkeit eines Mannes vorzuspiegeln und eine Vormauer für das Unfehlbarkeits-Dogma zu schaffen. Man bearbeitete die Masse und stützte sich auf blind und urtheilloses den Führern folgende Organisationen, wie die Gebetsvereine und Gesellenvereine. So wurde für das Konzil und die Proklamierung des mit der Verneinung, mit dem freien Urtheil nie zu verbindbaren Dogmas das Werk vorbereitet. Die theologische Wissenschaft aber ermannte sich und wird dafür sorgen, daß jeder, der nicht Heide ist, mit ihr haufen kann. Lebhafter Beifall gab am Schluß von der Wirkung Zeugnis, welche der Redner mit seinem Vortrag erzielt hatte.

Nach ihm entrollte in bekannter Meisterschaft Professor Dr. Friedrich ein packendes Bild von Betrachtungen, wie die große Bewegung im gegenwärtigen Moment sie hervorruft, und kündete damit, wie begreiflich, in der Zuhörerschaft durchgehend mit gewaltiger Wirkung. Redner ging von dem petrischen Einbruch aus, den die vor wenigen Tagen erst bekannt gewordene neueste Encyclica des Papstes auf den Redner hervorgerufen habe, nicht wegen des unwirklichen Blendwerkes des erneut geschändeten Verbannungsschlusses, sondern wegen der jenen Schriftstücke innewohnenden Heiligkeit, Herrschaft, des Hochmuths und der schamlosen Unwahrheit. Eine solche ist vor allen Dingen die, daß die Gegner der Beschlässe des letzten Konzils eine Sekte seien und von ihrem Glauben abgefallen. Abgefallen sind vielmehr der Papst und die Bischöfe von der Ueberlieferung der Kirche, wie sie getragen ist von der Gesamtheit der Gläubigen, der Priester und Laien. Nach seinen Erlebnissen während des Konzils in Rom legt nun Redner die grobhartige jesuitische Intrigue des Konzils, die Wahrung der deutschen Gelehrten bei seiner Vorbereitung, den Widerstand der deutschen Bischöfe, das schändliche Schauspiel der Unterwerfung dar. Um die Unterwerfung z. B. des Bischofs Heffele herbeizuführen, ging Rom so weit, die Dispense zu einer beträchtlichen Anzahl von Geschlechtsungen zu verweigern. Ein weiterer Theil des Vortrags gilt der Nachweisung der Unbegreiflichkeit der neuen Lehre, nach der Wissenschaft und klaren geschichtlichen Zeugnissen, und ihres logischen Unsinns. Das Lehramt liegt in der Gesamtheit der Kirche; und wie der Papst, kann auch ein Konzil irren, wenn es gegen die heil. Schrift entscheidet. Eben so unhaltbar ist die Lehre vom römischen Universalbischöf, die sich nur auf Erbhörungen, wie die Pseudo-Niköensischen Dekretalen stützt, während gewichtige Aussprüche auch der Päpste, z. B. Gregors des Großen, ihr entgegenstehen.

Wenn die neueste Encyclica weiter sagt, „unser Unerforschlichkeit gehe so weit, Rechte des Papstes und der Bischöfe auf die Gemeinde zu übertragen“, so hätte der Hochmuth Roms besser, diesen seinen schwächsten Punkt unberührt zu lassen. Die Nothwendigkeit der Befähigung eines Bischofs durch Rom hat sich mitbedenklich eingeschlichen und ist auf erlogene Dokumente gebaut. Früher wählte Volk und Klerus den Bischof, den der Erzbischof konsekrierte, um Rom ersucht oft nicht einmal etwas davon. Deshalb habe mit der Bischofswahl die Gemeinde sich nur ein altes Recht wieder zurückgenommen.

Auch heute wieder wird die Kirche der Altkatholiken reformatorisch vorgehen haben, aber nicht mit Ueberstürzung und durch die Autorität eines Einzelnen, sondern allmählig durch ihre Organe, insbesondere durch das allein rechtmäßige Organ hiesiger, die Synode; dabei muß das innere Leben des Christenthums unangestastet bleiben.

Wie nun dargelegt wurde, hat das widerlich: Spiel des vatikanischen Konzils gute Früchte für das innere religiöse Leben so vieler, für die Verfassung der altkatholischen Kirche gezeitigt, ebenso aber auch für den Staat; er ist den Banden des Ultramontanismus entzogen worden. Historisch weist Redner nach, daß die Päpste und Laien in der Kirche ihre Theilnahme am Konzil zu fordern berechtigt gewesen wären, weil es sich insbesondere auch um das Verhältnis der Kirche zum Staate handelte, und zwar in einer für letzteren gefährlichen Weise. Daffir fehlte aber vor dem Konzil das Verhältniß.

Gute aber wissen wir, daß das Zurückbleiben der Entwicklung unseres Vaterlandes durch den Fluß Roms nicht wiederkehren darf; kein wahrhaft patriotischer Mann darf bei dem Kampf absteigen. Wird aber fälschlich gelehrt, die Religion sei in Gefahr, so müssen wir auch den Schein vermeiden, in ihr inneres Leben einzugreifen. Wir wollen hochhalten die Glaubens- und Gewissensfreiheit, diesen Fels des Kulturbaues; wir wollen uns hüten vor jedem Fehltritt. Dann wird, wie Graf Hagenberg-Dur bei seinem Scheiden von der parlamentarischen Laufbahn ausrief, „auch der Fluß der Rüge und Unwahrheit jenseits der Berge liegen“.

Stürmische Beifallsbezeugungen am Schluß des Vortrags, und vielfach denselben unterbrechenden, durchbrauten den Saal und mächtig ergriffen fühlte sich die Zuhörerschaft, deren Dank schließlich noch Graf Hagenberg dem Redner mit wenigen Worten aussprach. Gegen fünf Uhr ging die Versammlung auseinander.

Karlsruhe, 8. Dez. An die frühere Klagen des „Mannh. Anz.“ wegen ungebührlicher Ueberlastung der bad. Staatsbürger mit Postparto, welche ihre Widerlegung gefunden haben, reiht sich nun eine neue Beschwerde wegen den Telegraphen an.

Daß die Reichs-Telegraphenverwaltung in Baden für eine Dovesche in der ersten Zone 18 kr. erhebt, während sie sonst in ganz Deutschland nur 17 1/2 kr. koste, wird als eine schwere Uebervertheilung des badischen Staatsbürgers seinen deutschen Mitbürgern gegenüber lebhaft betont.

Da nun aber bekanntlich die in Baden schon vor 1872 getroffene Einrichtung, wonach Depeschen bis zu 10 Worten im innern Landesverkehr nur zu 1/3 Kreuzer bezahlen, beim Uebergange des badischen Telegraphen an das Reich ausnahmsweise, und nur für Baden beibehalten wurde, so kann von einem Ausnahmeverhältnis für Baden nur in dem Sinne die Rede sein, daß der badische Staatsbürger für seine telegraphische Korrespondenz sich einer Minimalrate erfreut, wie sie billiger nirgends sonst in Deutschland existirt.

Karlsruhe, 8. Dez. Die vom Abg. v. Feder angemeldete Interpellation in Betreff der Militär-Grundstücke lautet wörtlich:

I. Sind nach den Anschauungen der Großh. Staatsregierung in Betreff der Eigentumsverhältnisse an den früher im Besitze der Großherzoglichen Militärverwaltung gemessenen Grundstücken die Bestimmungen der Militärkonvention zwischen Preußen und Baden vom 25. November 1870 oder die Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 25. Mai 1873 über die Rechtsverhältnisse der zum dienstlichen Gebrauche einer Reichsverwaltung bestimmten Gegenstände maßgebend? (cf. Artikel 11 der Militärkonvention, § 9 Abs. 1 des Reichsgesetzes vom 25. Mai 1873 und den Vortrag des Hrn. Staatsministers Delbrück in der Reichstags-Sitzung vom 18. März 1873.)

Eventuell: II. Erstreckt sich nach den Anschauungen der Großherzoglichen Staatsregierung das Eigentumsrecht der Militärverwaltung nach dem Reichsgesetz vom 25. Mai 1873 auch auf solche stadtplanmäßig festgestellte öffentliche Plätze, welche als solche sich in der Mittheilung der Gemeinde befinden? (cf. § 2 Absatz 5 des Reichsgesetzes vom 25. Mai 1873.)

Eventuell: III. Kann die Militärverwaltung des Reichs nach den Anschauungen der Großherzoglichen Staatsregierung auch in dem Falle zur Veräußerung eines solchen öffentlichen Platzes für bezeugt erachtet werden, wenn die Gemeinde an Stelle des als Ererzplatzes dienenden Terrains die erforderlichen Grundstücke hiezu anderweit unentgeltlich abtritt? (cf. § 5 des Reichsgesetzes vom 25. Mai 1873.)

Heidelberg, 7. Dez. Heute über 8 Tage soll hier der Ausschuß des Pfaßgauer-Verbandes tagen, um über den Entwurf einer an die Zweite Kammer zu richtenden Petition zu beraten, welche von der in Aussicht genommenen Bauverwaltung eingereicht werden soll und sich sowohl mit der neuen Katastrierung des landwirthschaftl. Gebietes und den daraus hervorgegangenen Steueransprüchen, als auch mit der beabsichtigten allgemeinen Einkommensteuer befaßt soll. — Die an die Zweite Kammer zu richtende Adresse der Altkatholiken, die gefestigte Anerkennung ihrer Rechte betreffend, liegt gegenwärtig in dem Museum, in der Harmonie und in einem weiteren öffentlichen Lokale zur Unterzeichnung auf. — Gegenüber der allgemein verbreiteten Ansicht und der ausdrücklichen Erklärung der „Seid. Ztg.“, es seien die Bemühungen der Bergbahn-Baugesellschaft, welche eine Eisenbahn nach dem Königstuhl herstellen will, im glücklichen Wege den werthvolleren, im Privatbesitze befindlichen Theil des erforderlichen Geländes zu erwerben, sich jetzt ohne Erfolg gewesen, und es müßte das Unternehmen unterbleiben, wenn bei fortgesetzter Weigerung der Betreffenden das Expropriationsrecht nicht in Anwendung gebracht werden könnte, richten heute die bedeutendsten beteiligten Grundbesitzer eine mit Namenunterschrift versehene öffentliche Aufforderung an dem hiesigen Vertreter der Gesellschaft, den Bankier v. Bloos von Amstel, zu erklären, daß es Unwahrheit sei, daß die Bergbahn-Gesellschaft mit den Liegenschaftsbesitzern bis jetzt in irgend welchem Verkehre behufs Liegenschaftsabtretung gestanden, noch irgend welche Unterhandlungen in dieser Frage gepflogen habe. Die Sache macht hier gerechtes Aufsehen. — Gestern Abend fand die alljährliche ordentliche Plenarversammlung der Museums-Gesellschaft statt. Der Jahresbericht legte Zeugnis ab von dem blühenden Stand der Gesellschaftsverhältnisse, sowohl was die stets zunehmende Mitgliederzahl, als die Finanzlage anbelangt. Zu letzterer hat die rationelle Behandlung der Wirtschaftsangelegenheiten wesentlich beigetragen. So schafft z. B. die Gesellschaft ihre Weine selbst an, normirt die Preise der Weinarten und gewährt dem Restaurateur einen bestimmten Rabatt, welcher diesem im letzten Jahre die artige Summe von 3000 fl. eingetragen hat. Die beschlossene Erhöhung des Beitrags der in Monatsmitglieder umgetauschten Ehrenmitglieder von 2 auf 3, bezw. von 3 auf 5 fl., wird der Gesellschaft noch weitere Einnahmen zuführen. Offenbar dürfte die Finanzverhältnisse auf lange Zeit hinaus jetzt ihren glänzendsten Stand erreicht haben, wenn der beabsichtigte Umbau des Gesellschaftsgebäudes, wozu der Plan gegenwärtig an den Buchhandlungen ausgelegt ist, zur Ausführung gelangt. Es soll dadurch eine Vergrößerung und Verbesserung der Räume für die Bibliothek, der Les-, Spiel- und Restaurationszimmer, die Herstellung einer genügenden Ventilation des Tanzsaales erzielt und außerdem eine Reihe von Nebenräumen, welche mit dem Tanzsaale in Verbindung stehen, geschaffen werden. Auch dem Wunsche, dem durch Mangel an geeigneten Lokalitäten in seiner Fortentwicklung bedrohten Kunstverein miethweise ein Lokal überlassen zu können, ist in dem Plane Rechnung getragen, und was besonders wichtig, an die Stelle der bisherigen unschönen Fassade tritt eine solche von architektonisch schönen Verhältnissen. In dem gegen die Universitätsbibliothek hin gelegenen Theile des Gartens wird ein zweifacher Anbau aufzuführen beschlossen. Die Rückseite der Medaille besteht darin, daß durch Bewirkung dieses Projektes die gegenwärtig 23,000 fl. betragende Schuld des Museums nach dem beiläufigen Vorschlag um 65,000 fl., in Wirklichkeit wohl noch beträchtlicher, vermehrt würde. In ihrer Tilgung ist der Zeitraum von 46 Jahren in Aussicht genommen, dabei aber schon eine Erhöhung des Jahresbeitrags der Mitglieder mittels Umrechnung des Geldes in zwei Mark in Rechnung gezogen. — Der vor vier Wochen durch einen Sturz auf der Bühne verunglückte Schachspieler Schlippe II., in dessen Unfall die ultramontane Presse durchaus den „Finger Gottes“ erblicken wollte, tritt heute zum erstenmal wieder auf.

Sämmtliche auf einliegender Beilage
verzeichnete Bücher sind zu beziehen
durch die
G. Braun'sche Hofbuchhandlung
und
A. Bielefeld's Hofbuchhandlg.
in **Karlsruhe.**

Velhagen & Klasing's Jugendschriften.

Des deutschen Knaben
Friedrich Wilhelm Schütze Fahrten
und Abenteuer im Kriege gegen Frankreich. Von W. Jessé. 2. Aufl.
Eleg. geb. 1 1/2 Thlr. Anziehende und bewährte Kriegsrobisonade
eines entlaufenen Berliner Jungen, die in erster Auflage bereits das
Entzücken manches deutschen Knaben gewesen ist. 844.

Velhagen & Klasing's Jugendschriften.

Robert des Schiffjungen
Fahrten und Abenteuer auf der deutschen Handels- und Kriegsflotte.
Von Max Bischoff. Mit 8 Bildern. Eleg. geb. Preis. 1 Thlr.
Hochspannende, an Anziehungskraft reiche Robisonade von der deut-
schen Flotte, aus der Robert, der entlaufene Seilersohn aus Stralau,
als braver Bootsmannsmat auf Sr. Maj. des deutschen Kaisers Flotte
herorgeht.

Velhagen & Klasing's Jugendschriften.

Der Schweizerische Robinson.
Schicksale einer Schweiz. Pflanzfamilie auf einer Insel im Stillen
Ocean. Nach W. H. neu bearbeitet von J. Bonnet. Mit 12 Lini-
bildern. Eleg. geb. 1 Thlr. 25 Sgr. Die einzig lebensfähige und
jugendliche Robisonade nach Defoe's Robinson, der älteren Gene-
ration aus früherer Zeit gewiß in besserer Erinnerung, hier verjüngt und
zeitgemäß ausgestattet neu aufgelegt.

Velhagen & Klasing's Jugendschriften.

Der alte Nettelbeck
und die Belagerung von Kolberg 1807. Von Robert Koenig. Mit
8 Bildern und 1 Belagerungsarte. Eleg. geb. 1 Thlr. Die Kern-
gestalt des alten Nettelbeck von der geschichtl. Feder des Dabeim-
redakteurs zu neuem Leben erweckt. Ein Vorbild hochherziger Vater-
landsliebe und schlichten Bürgerstums für Deutschlands Knaben.

896. Nr. 10,331. Karlsruhe.
Allgemeine Versorgungsanstalt im Großherz. Baden.
Abtheilung für nach den Rechnungsergebnissen wachsende Leibrenten.
Die auswärtigen Mitglieder, welche ihre Renten für 1873 noch nicht erhoben
haben, werden ersucht, solches längstens bis zum 20. d. M. zu thun, indem wir von
da an bei unseren auswärtigen Vertretern keine Mittel zu Rentenzahlungen verfügbar
halten und daher die Mitglieder, soweit die Kassenvorräte der betreffenden Geschäfts-
freunde nicht ausreichen, an unsere Hauptkasse dahier verweisen müßten.
Karlsruhe, den 4. Dezember 1873.

Der Verwaltungsrath.

Grote'sche Ausgabe.
Goethes Werke. Neue Octav-Ausgabe
in 30 Bänden
(Nach der Ausgabe letzter Hand.)
Mit Einleitungen. Eleg. geb. in 15 Bände. Preis 15 fl. 36 kr.
Vorräthig in **Karlsruhe** in der **G. Braun'schen** Hofbuchhandlung und
A. Bielefeld's Hofbuchhandlung. 687. 1.

Gegen Hämorrhoidalleiden.
Herrn Johann Hoff, Hofstet., Berlin.
Potsdam, den 20. April 1873.
„E. W. ersuche um gef. Zusendung von 50 Fl. Ihres bewährten
Malz-Extrakt. Wie alle Jahre findet sich bei mir am Schlusse des
Winters in Folge meiner sitzenden Lebensweise das alte Hämorrhoidal-
leiden wieder ein. Ich bin deshalb gezwungen zu dem seit Jahren bei
mir bewährten Mittel, Ihrem vorzüglichen Malz-Extrakt, meine Zu-
sicht zu nehmen. Kein anderes Mittel ist im Stande, dasselbe zu er-
setzen. Durch dessen milde und heilsame Wirkung hoffe ich in meinem
Leiden bald Binderung zu sehen und mit der Zeit davon befreit zu wer-
den.“ Mit Hochachtung.
Bürmeister.
Verkaufsstelle bei **Michael Hirsch**, Kreuzstraße Nr. 3, und
Th. Brugier, Waldstraße Nr. 10. 514.

760. 3. Karlsruhe.
Das Pianoforte-Magazin von
LUDWIG SCHWEISGUT



Karlsruhe,
Fabrikpreise. 31 Herrenstraße 31, mehrjährige Garantie.
bietet in reichster Auswahl:

Flügel, Pianino's und Tafelpiano's
aus den vorzüglichsten Fabriken von Berlin, Leipzig, Stuttgart,
Dresden, Baireuth, Heilbronn u. s. w., wie Blüthner, Westfer-
mann & Co. (S. Willmanns), Schwedten, Neumeyer, Carl Hardt,
König, Lipp, Feingraber u.
Gebrauchte Klaviere werden in Tausch genommen.
Vermiethung von Pianino's und Tafelpiano's.

Zeichner, Bildhauer,
die Fertigkeit im Plan- und Ornament- welche gewandt stechen und selbstän-
zeichnen besitzen, dig entwerfen können,
werden für eine bedeutende **Hamburger Möbelfabrik** mit Dampftrieb
gesucht. — Nach halbjährigem Bleiben werden Reisekosten zurückerstattet.
Offerten sub **R. J. 869** befördert die **Annoucen-Expedition** von
Hausenstein & Vogler in **Hamburg.** 700.

Bierpreise
der Hofbrauerei des Deutschen Porters und Lagerbiers von
Johann Hoff,
Commandit-Gesellschaft auf Aktien,
in Berlin, Neue Wilhelmstraße 1.
Hoff's deutsches Porterbier 12 fl. 1 Thlr. excl.
„ „ „ „ „ 10 „ 1 „ „
„ deutsches Lagerbier 30 „ 1 „ „
„ Kaiserbier 24 „ 1 „ „
Loco Berlin frei in's Haus.
Wiederverkäufern extra Rabatt. 505. 4.

778. Freiburg.
Für nur 4 fl. 40 kr. (halt 7 fl.)
ist zu beziehen:
Aug. Baron v. Berlepsch,
Die Biene und ihre Zucht mit
beweglichen Waben.
Die (neueste) Aufl.
mit zahlreichen Holzschnitten
brochirt
von **Rud. Rader & Co.,**
Antiquariatsbuchhandlung
in **Freiburg** i. Breisgau.

801. In Ludwig Schmidt's Buchhand-
lung in Freiburg ist erschienen:
Die Großh. bad. Gesetze über die
Ausübung der Jagd und Fischwe-
rei von **Dr. Warakönig.**
Preis br. 54 kr.

922. 1. Karlsruhe.
**Verkauf von Sei-
denwaaren.**
Große Auswahl von schwarzen und far-
bigen **Lyoner und Züricher**
Seidenstoffen aus den berühmtesten
Fabriken. Coupons zu einzelnen Kleidern,
Weste in allen Farben u. empfiehlt zu extra
billigen Preisen.
H. Walder aus **Basel.**
Verkaufstotal: **Gahns zum Goldenen**
Adler in **Karlsruhe**, Zimmer Nr. 4, eine
Treppe hoch. Verkauf vom 8.—17. Dezbr.

921. 1.
Zriberg.
Wir kaufen fortwäh-
rend Lederspähne (Fals-
spähne) und sehen An-
gebote hierauf ent-
gegen.
Gebrüder Grieshaber.
923. 1. **Bäckerei,**
eine gangbare, mitten in der Stadt, ist zu
vermiethen auf den 23. April 1874.
Sie erfragen bei der Expedition dieses
Blattes.
874. 2. **Wiesloch.**
Ia Qualität
Muhrekohlen
50 kr. pr. Ctr. ab Lager,
sowie in Wagonladung
bei **Wetzler & Holl,**
Kohlenhandlung in Wiesloch.
Lager am Bahnhofe.

Offene Stelle.
895. 1. Bei einem bad. Notare kann ein
mit den nötigen Vorkenntnissen versehenen
junger Mann, der gute Zeugnisse und eine
schöne Handschrift hat, sogleich eintreten.
Zu erfragen bei der Exped. d. Bl.
898. Für die Stadt **Karlsruhe** wird
ein **Vertreter**
für Pfälzer Weine gesucht. — Reflekta-
nten belieben ihre Adresse unter A. B. 1873
bei der Expedition d. Bl. niederzulegen.

856. 3. Pforzheim.
2 elegante
Chaischen
zum ein- und zweispännig fahren werden
dem Verkauf ausgesetzt.
Thum, prakt. Arzt,
Pforzheim.

Pferd-Verkauf.
926. 1. Ein 6jähriges, sehr
kräftiges und schlerfreies Pferd
(Wallach) zum einpännig fahren, sowie
zu schwererem Fuhrwerk sehr geeignet, ist zu
verkaufen. Näheres bei der Expedition
dieses Blattes.

916. Stuttgart.
**A. Württemb. Staats-
Eisenbahn.**
Besonderer Umstände halber wird der
Termin für die Abgabe der Offerte, be-
treffend die am 14. v. Mts. ausgeschriebene
Wagen-Lieferung bis zum 20. Dezember
d. J., Abends 5 Uhr, hinausgerückt.
Stuttgart, den 5. Dezember 1873.
R. Eisenbahndirection.
J. B.:
Oberfinanzrath
S ö h n.

Verw. Bekanntmachung.
913. 1. Nr. 18,784. Karlsruhe.
**Erledigte Salinearzt-
stelle.**
Bei der Großh. Ludwigsalme Dürheim
ist die in Erledigung gekommene Stelle des
Saline- und Bade-Arzt's wieder zu
besetzen.
Derselbe erhält gegen unentgeltliche Be-
handlung der in Dürheim und nächster
Umgebung wohnenden Bediensteten und Ar-
beiter der Saline einen jährlichen Gehalt
von 350 fl. nebst einem Dienstloos von
35 fl. 30 kr., freier Wohnung und Gar-
tenungung.
Staatsdienereigenschaft ist mit der frag-
lichen Stelle nicht verbunden.
Bewerber um dieselbe haben sich inner-
halb vierzehn Tagen unter Beifügung
des Termins, bis zu welchem sie ihren
Antrag in Dürheim bewerkstelligen könn-
ten, bei unterzeichneter Stelle zu melden.
Karlsruhe, den 5. Dezember 1873.
Steuer-Direction.
Regenauer.

913. 1. Nr. 18,784. Karlsruhe.
**Erledigte Salinearzt-
stelle.**
Bei der Großh. Ludwigsalme Dürheim
ist die in Erledigung gekommene Stelle des
Saline- und Bade-Arzt's wieder zu
besetzen.
Derselbe erhält gegen unentgeltliche Be-
handlung der in Dürheim und nächster
Umgebung wohnenden Bediensteten und Ar-
beiter der Saline einen jährlichen Gehalt
von 350 fl. nebst einem Dienstloos von
35 fl. 30 kr., freier Wohnung und Gar-
tenungung.
Staatsdienereigenschaft ist mit der frag-
lichen Stelle nicht verbunden.
Bewerber um dieselbe haben sich inner-
halb vierzehn Tagen unter Beifügung
des Termins, bis zu welchem sie ihren
Antrag in Dürheim bewerkstelligen könn-
ten, bei unterzeichneter Stelle zu melden.
Karlsruhe, den 5. Dezember 1873.
Steuer-Direction.
Regenauer.

903. 1. Nr. 18,784. Karlsruhe.
**Erledigte Salinearzt-
stelle.**
Bei der Großh. Ludwigsalme Dürheim
ist die in Erledigung gekommene Stelle des
Saline- und Bade-Arzt's wieder zu
besetzen.
Derselbe erhält gegen unentgeltliche Be-
handlung der in Dürheim und nächster
Umgebung wohnenden Bediensteten und Ar-
beiter der Saline einen jährlichen Gehalt
von 350 fl. nebst einem Dienstloos von
35 fl. 30 kr., freier Wohnung und Gar-
tenungung.
Staatsdienereigenschaft ist mit der frag-
lichen Stelle nicht verbunden.
Bewerber um dieselbe haben sich inner-
halb vierzehn Tagen unter Beifügung
des Termins, bis zu welchem sie ihren
Antrag in Dürheim bewerkstelligen könn-
ten, bei unterzeichneter Stelle zu melden.
Karlsruhe, den 5. Dezember 1873.
Steuer-Direction.
Regenauer.

903. 1. Nr. 18,784. Karlsruhe.
**Erledigte Salinearzt-
stelle.**
Bei der Großh. Ludwigsalme Dürheim
ist die in Erledigung gekommene Stelle des
Saline- und Bade-Arzt's wieder zu
besetzen.
Derselbe erhält gegen unentgeltliche Be-
handlung der in Dürheim und nächster
Umgebung wohnenden Bediensteten und Ar-
beiter der Saline einen jährlichen Gehalt
von 350 fl. nebst einem Dienstloos von
35 fl. 30 kr., freier Wohnung und Gar-
tenungung.
Staatsdienereigenschaft ist mit der frag-
lichen Stelle nicht verbunden.
Bewerber um dieselbe haben sich inner-
halb vierzehn Tagen unter Beifügung
des Termins, bis zu welchem sie ihren
Antrag in Dürheim bewerkstelligen könn-
ten, bei unterzeichneter Stelle zu melden.
Karlsruhe, den 5. Dezember 1873.
Steuer-Direction.
Regenauer.

766. 2. Karlsruhe.
Großherzogl. Hoftheater.

Die geehrten Jahres-Abonnenten, welche
für das Jahr 1874 ihre Plätze nicht be-
halten wollen, werden ersucht, die Auf-
kündigung ihrer Verträge bis längstens
15. Dezember d. J. bei unterzeichneter
General-Direction schriftlich einzureichen.
Erfolgt bis zu besagtem Termin keine
Kündigung, so werden die Verträge für das
Jahr 1874 ausgefertigt.
Anfragen um Plätze u. s. wollen an die
Hoftheater-Verwaltung gerichtet werden.
Gleichzeitig bringen wir zur Kenntniß,
daß mit dem 1. Januar 1874 ein neues
Jahres-Abonnement auf den Theaterzetteln
eröffnet wird, dessen Preis 1 fl. 12 kr. be-
trägt und auf welches die Zettelträger zu
Anfang des Jahres Unterzeichnungslisten
vorlegen.
Karlsruhe, den 1. Dezember 1873.
Die Generaldirection
des Großherzogl. Hoftheaters.

908. 1. Karlsruhe.
Bekanntmachung.

Mit Bezug auf die Ver-
ordnung Großh. Handels-
Ministeriums vom 4.
April 1870 (Gesetzes-
und Verordnungsblatt
Nr. XXI) wird hiemit
bekannt gegeben, daß die
nächste Prüfung der Ge-
hilfen für den Eisenbahn-
dienst am
Montag den 26. Ja-
nuar k. J.
vorgenommen wird.
Karlsruhe, den 5. De-
zember 1873.
General-Direction der
Gr. Staats-Eisenbahnen,
Zimmer.
Heitlinger.

823. 2. Karlsruhe.
Bekanntmachung.

Mit dem 10. Dezember k. J. werden die
diesseitigen Stationen Friesenheim und
Wiblen für den Güterverkehr eröffnet und
zwar: erstere für unbeschränkten Verkehr
und letztere vorläufig nur für den Wagen-
ladungsverkehr.
Der Tarif-Beizeiger für diese beiden
Stationen kann bei sämtlichen Güter-
stationen unentgeltlich bezogen werden.
Karlsruhe, den 1. Dezember 1873.
General-Direction
der Großh. bad. Staats-Eisenbahnen.
Zimmer.
Heitlinger.

887. Nr. 6501. Meßkirch. Bei
unterzeichneter Stelle ist auf 1. Januar k. J.
die Stelle des Amtskassars neu zu be-
setzen. Gehalt 570 fl. Nebeneinkünfte nach
Leistung bis zu 180 fl.
Meßkirch, den 3. Dezember 1873.
Großh. bad. Bezirksamt.
v. K ü d t.

868. Nr. 19,630. Waldshut. Bei
diesseitiger Behörde wird auf 1. März 1874
eine Amtsstelle mit 600 fl. Gehalt frei.
Gesuche mit Zeugnissen belegt sind bei
dem Unterzeichneten einzureichen.
Waldshut, den 1. Dezember 1873.
Großh. bad. Bezirksamt.
v. K ü d t.

692. Korb. Unsere Amtsstelle ist so-
gleich oder auf 1. März k. J. zu besetzen.
Einkommen etwa 600 fl.
Bewerber wollen sich bald melden.
Korb, den 5. Dezember 1873.
Großh. bad. Bezirksamt.
S o m m e r.

840. Nr. 16,420. Ueberlingen. Durch
Besetzung unseres Amtes ist diese
Stelle frei geworden und soll bis 1. Jan-
uar, spätestens aber bis 1. März k. J., be-
setzt werden. Gehalt 570 fl. und ziemlich
erheblicher Nebenverdienst. Bewerber wol-
len sich alsbald anher melden.
Ueberlingen, den 30. November 1873.
Großh. bad. Amtsgericht.
B ä h n e r.

891. Ubingen. Die diesseitige erste
Gehilfenstelle ist auf den 1. Februar k. J.
wieder zu besetzen und werden die Herren
Bewerber um diese Stelle ersucht, sich
schriftlich hierher zu wenden.
Ubingen, den 5. Dezember 1873.
Großh. Domänenverwaltung.

908. Hornberg. Auf 10. Februar
1874 wird die 1. Gehilfenstelle hier frei-
im Steuerfach geübte Bewerber wollen sich
unter Anschluß ihrer Zeugnisse melden.
Hornberg, den 1. Dezember 1873.
Großh. Oberrentkammer.

772. 3. Karlsruhe.
Strassenmeisterstelle.
Die unterzeichnete Stelle beabsichtigt
einen zweiten Strassenmeister auszusuchen.
Bewerber um diese Stelle wollen sich
unter Vorlage von Zeugnissen in schriftl.
bis spätestens den 15. Dezember d. J.
schriftlich an uns wenden.
Karlsruhe, den 30. November 1873.
Stadt. Wasser- und Straßenbauamt
Karlsruhe.